

Idee für eine Attac-Kampagne Digitalsteuer

Dominik Pietron

Fokus auf die Besteuerung von Datenwertschöpfung: Tech-Konzerne extrahieren Daten aus der Gesellschaft, zahlen aber kaum Steuern darauf.

„Datendividende für alle – Tech-Milliarden in die Daseinsvorsorge“

„Unsere Daten – unser Geld“

„Unsere Daten. Unsere Werke. Ihr Profit. Wir fordern: Big Tech zahlt – für Medienkompetenz, unabhängigen Journalismus und souveräne digitale Infrastruktur.“

Forderung: als erster Schritt eine nationale Digitalabgabe (zweckgebunden, schnell umsetzbar), weitergehend eine europäische Digitalsteuer. Beide sollen Erlöse in digitale Gemeinwohlprojekte lenken – sie unterscheiden sich jedoch erheblich in Reichweite, verfassungsrechtlicher Grundlage und politischer Durchsetzbarkeit.

Politischer Background: Warum jetzt?

Die Digitalsteuer-Debatte ist 2025 in Deutschland neu entfacht.

- Aktueller [Koalitionsvertrag](#), Unterabschnitt „Medienvielfalt stärken – Meinungsfreiheit sichern“, Seite 124, Zeile 3913: „Wir prüfen die Einführung einer Abgabe für Online-Plattformen, die Medieninhalte nutzen.“ Die Abgabe soll dem „Medienstandort zugutekommen“.
- Kulturstatsminister Wolfram Weimer brachte eine 10-prozentige Digitalabgabe für große Tech-Unternehmen wie Alphabet oder Meta ins Spiel – angelehnt an das österreichische Modell.
- Gleichzeitig hat die EU-Kommission die Digitalsteuer aus ihrem Haushaltsentwurf für 2028–2035 gestrichen – offenbar als Zugeständnis im Handelskonflikt mit den USA. Das schafft einen klassischen Attac-Moment: Die Politik knickt vor US-Konzernen ein, während sie national Sozialleistungen kürzt.

Was existiert bereits – und warum reicht es nicht?

- Frankreich führte bereits 2019 eine *Digitalsteuer* ein – 3% auf Werbung, Vermittlungsdienste und Nutzerdaten. 2024 brachte sie rund 785 Millionen Euro ein – weniger als 1% des französischen Gesamtsteueraufkommens.
- Seit 2020 erhebt Österreich eine *Digitalsteuer* von fünf Prozent auf Umsätze aus digitaler Werbung, die für Unternehmen ab 750 Millionen Euro Weltumsatz und 25 Millionen Euro Österreich-Umsatz gilt. Überträgt man dieses Modell auf Deutschland, ergeben sich jährliche Einnahmen von knapp einer Milliarde Euro – bei einem Steuersatz von zehn Prozent sogar fast zwei Milliarden.

Das [FES-Policy-Brief von Christoph Trautvetter](#) unterscheidet Digitalabgabe, Digitalsteuer und globale Übergewinnsteuer und verknüpft diese über ein Stufenmodell zu einer politischen Strategie:

- **Stufe 1: Abgabe** ist zweckgebunden und wird im Rahmen der Sachgesetzgebungskompetenz beschlossen – also z.B. als Regulierung des Medienmarktes. Sie ist im Grundgesetz nicht extra geregelt, dadurch aber auch flexibler und schneller umsetzbar. Das ist das, was im Koalitionsvertrag steht: eine Abgabe für Online-Plattformen, die Medieninhalte nutzen, zweckgebunden für den Medienstandort. Eine Digitalabgabe wäre kein perfektes, aber ein praktikables Instrument, um große Digitalkonzerne in die Finanzierung des Gemeinwohls einzubeziehen – mit geschätzten Einnahmen von 1–2 Milliarden Euro für Deutschland.
- **Stufe 2: Steuer** hingegen erzielt Einnahmen ohne festgelegte Gegenleistung, die zulässigen Steuerarten sind in Artikel 106 GG umschrieben. Die Digitalsteuer wäre breiter angelegt, trifft aber auf mehr politischen Widerstand – vor allem wegen der erwarteten Reaktion aus Washington.
- **Stufe 3: Globale Übergewinnsteuer** wäre die eigentlich gerechtere Lösung: Würde man die Übergewinne sehr großer Konzerne – definiert als Umsatzrendite von über zehn Prozent bei einem Jahresumsatz ab 20 Milliarden Dollar – nicht nur neu verteilen, sondern auch höher besteuern, ergäben sich für Deutschland Mehreinnahmen von schätzungsweise 20 Milliarden Euro pro Jahr. Bisher fehlt dafür aber der nötige politische Druck für eine internationale Einigung, nicht zuletzt wegen der erwarteten Reaktion der US-Regierung.

Für Attac gilt: Die Digitalabgabe ist der realistische Anknüpfungspunkt im Hier und Jetzt; die Digitalsteuer und Übergewinnsteuer sind die weitergehenden Forderungen, für die Druck aufgebaut werden soll.

Der entscheidende Attac-Hebel: **Zweckbindung der Einnahmen**

Hier liegt die eigentliche Kampagnenopportunität – nicht nur „Tech-Konzerne besteuern“, sondern wofür. Die bestehenden Vorschläge zeigen die Bandbreite:

- SPD: Einnahmen sollen vor allem lokale und regionale Medien stärken und flächendeckende Medienangebote sichern.
- Grüne: Einnahmen aus Online-Werbung sollen in Journalismus, Medienvielfalt und Kultur fließen – mit dem Argument, dass die Werbemonopole von Google und Meta den Medien die wirtschaftliche Grundlage entziehen.
- Zivilgesellschaft/Bundestag-Antrag: Einnahmen könnten genutzt werden, um negative gesellschaftliche Folgen der Konzerne abzufedern – z.B. durch Förderung gemeinwohlorientierter Plattformen.

Kernforderungen – strukturiert nach Trautvetters Stufenmodell (Stufe 1: Abgabe → Stufe 2: Digitalsteuer → Stufe 3: Übergewinnsteuer):

1. Stufe 1 – Digitalabgabe: 10% auf alle deutschen Umsätze von Konzernen ab 750 Mio. € Jahresumsatz (Werbung, Plattformen, Cloud, Datenvermittlung) – anknüpfend an den Weimer-Vorstoß, aber ambitionierter
2. Zweckgebundener Digitalfonds – die Einnahmen (~2 Mrd. €/Jahr) fließen nicht in den Allgemeinhaushalt, sondern in:
 - öffentliche digitale Infrastruktur (Sovereign Cloud, Open-Source-Bildungsplattformen)
 - Projekte für Medienkompetenz und gegen Gewalt und Hass im Internet

- lokale Medien, Journalismus und Bibliotheken
- 3. Stufe 2 – Europäische Digitalsteuer: Deutschland als Vorreiter; keine Blockade durch Handelsstreitigkeiten mit den USA akzeptieren (langfristiges Ziel: Stufe 3 – globale Übergewinnsteuer)

Kampagnen-Narrativ:

„Plattformkonzerne verdienen Milliarden mit unseren Daten und unserer Aufmerksamkeit – und zahlen kaum Steuern. Und auch KI-Konzerne trainieren ihre Modelle mit unseren Büchern, Artikeln und Kunstwerken – ohne Erlaubnis und ohne Vergütung.

Das ist kein Schicksal, das ist politisch gewollt. Wir fordern, BigTech an den Kosten der Digitalisierung zu beteiligen! Wer an unserer Gesellschaft verdient, zahlt auch für sie! Für mehr Medienkompetenz, Schutz vor digitaler Gewalt, unabhängigen Journalismus und eine souveräne digitale Infrastruktur für Verwaltung und Öffentlichkeit!“

Warum das für Attac funktioniert:

- Anschluss an Attac-DNA: Direkte Parallele zur Tobin Tax – einfache Idee, klares Feindbild, positive Utopie
- Breite Koalition möglich: Verlage/Mediengewerkschaften (ver.di), Bildungsgewerkschaften, kommunale Verbände, Datenschutz-NGOs
- Politisches Fenster: Der Weimer-Vorstoß zeigt, dass das Thema regierungsintern diskutiert wird – Attac könnte Druck von links machen und die Zweckbindung einfordern
- Gegennarrativ zu Trump-Eskalation: EU knickt ein → Attac als Gegenpol

Schwachstellen:

- Handelspolitische Gegenreaktionen der USA sind reales Risiko – Kanada hat seine Digitalsteuer nach heftiger Reaktion aus Washington kurz nach dem Scharfschalten wieder auf Eis gelegt.